

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgisches Gemeinde-Blatt. 1854-1903
48 (1901)**

52 (31.12.1901)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-766013](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-766013)

Oldenburgisches Gemeinde-Blatt

Vierteljährlich erscheinen 13 Nummern. Abonnementspreis jährlich 2 M.

1901. Dienstag, 31. Dezember.*) No. 52.

Die Arbeitslosigkeit und deren Abhilfe, unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Oldenburg.

Jede Zeit wirthschaftlichen Niederganges — wie sie in Deutschland seit einiger Zeit zweifellos eingetreten ist — bedingt eine Verschiebung des Arbeitsmarktes, ein Ueberwiegen des Angebotes von Arbeitskräften gegenüber der Nachfrage, das in einem Agrarstaate am wenigsten zu Tage tritt, am meisten in einem Industriestaat. Denn dieser wird naturgemäß von einer solchen Depression eher und näher betroffen, als jener, dem der gleich bleibende Absatz der landwirthschaftlichen Erzeugnisse erheblichere Arbeitseinschränkungen nicht gestattet. Erst das Zurückfluthen von Arbeitskräften aus den damit überfülligten Industriezentren in ländliche Bezirke kann hier die gleichen Uebelstände wie dort zeitigen, mit dem Unterschiede, daß hier dann die Arbeitslosigkeit eine latente, erst in ihren Wirkungen feststellbare, allgemeine ist, während sie dort in akuter Weise als lokale Erscheinung hervortritt. Diese lokale und die allgemeine Arbeitslosigkeit stehen zwar in Wechselwirkung mit einander, sind aber nicht durchaus unter sich verbunden. Wenn sich beispielsweise bei dem Brachliegen einer Industrie, die sich, wie häufig, einen räumlichen Mittelpunkt zu suchen pflegt, an diesem eine lokale Arbeitsnoth herausstellt, von vielleicht ganz erheblichem Umfange, so braucht beim Prosperieren anderer Gewerbszweige eine allgemeine Arbeitsnoth noch garnicht vorhanden zu sein. Die überflüssigen Kräfte werden von den ausnahmefähigen Industrien übernommen, ohne daß für die Allgemeinheit die Arbeitslosigkeit überhaupt in Erscheinung tritt. Um diesen Uebergang möglichst rasch und ohne nachtheilige Folgen sich vollziehen zu lassen, sind Angebot und Nachfrage von Arbeit durch geeignete Nachweise, auf die weiter unten zurückgekommen wird, zu vermitteln.

Erst bei einem allgemeinen, wirthschaftlichen Niedergange, wie er etwa durch Abschluß des Auslandes gegen unsere Aus-

*) Die Ausgabe dieser Nummer ist durch die Feiertage und verspätetes Eintreffen des Materials etwas verzögert.

fuhr, durch Vertheuerung der Einfuhr durch Zölle, in den meisten Fällen aber durch eine Vertheuerung der Lebens- und damit der Produktions-Bedingungen im eigenen Lande in Folge erhöhter staatlicher Bedürfnisse hervorgerufen wird, erlischt diese Aufnahmefähigkeit der oder jener Industrie; das abgewiesene Angebot fluthet zurück in die Landwirthschaft. Diese vermag jedoch bei ihrer bereits erwähnten Stabilität nur einen gewissen Theil desselben zu behalten. Der dort ebenfalls zurückgewiesene Rest sucht sich mit Gelegenheitsarbeiten aller Art durchzuschlagen; gelingt ihm dies nicht, so fällt er der Armenpflege zur Last. Und hier, wie in dem gleichzeitigen Anschwellen der Kriminalstatistik tritt erst die bis dahin latente, allgemeine Arbeitslosigkeit in Erscheinung, an Stellen vielleicht, an denen von einer lokalen Arbeitsnoth nichts zu spüren ist. Diese Sätze berücksichtigen naturgemäß in erster Linie die Industrie, aber in weiterem Verlaufe der Depression auch das Handwerk, das bei der Verschlechterung der allgemeinen Lebenslage zur Einschränkung der Beschäftigung und damit zur Entlassung von Arbeitskräften gleichfalls gezwungen wird.

Hieraus erklärt sich der mannigfache Widerspruch der über die Arbeitsnoth erhobenen Statistiken, wie der Ansichten über die Lage des Arbeitsmarktes. So steht beispielsweise der Verband deutscher Arbeitsnachweise der Arbeitslosen-Frage ziemlich zuversichtlich gegenüber. In seiner Ausschusssitzung Ausgangs des Novembers, äußerte der Vorsitzende des Verbandes sich unter Zugrundelegung eines zahlenmäßigen Ueberblicks über die Einnahmen sämtlicher Landesversicherungsanstalten Deutschlands — eine Grundlage, die allerdings nicht ganz unanfechtbar erscheint (s. u. S. 266 letzter Absatz) — wie folgt:

Die Zahlen aus der Invaliden-Versicherung geben ein besseres Bild zur Beurtheilung des Beschäftigungsgrades, als die aus der Kranken-Versicherung, weil diese nicht sämtliche Erwerbszweige umfaßt, insbesondere die unständig beschäftigten Arbeiter außer Acht läßt. Selbst bei Uebertritt von arbeitslos gewordenen Personen in andere Gewerbe muß in dem Markenerlös diese neue Beschäftigung sofort zum Ausdruck kommen, so daß also hier in den Mindereinnahmen nur thatsächlich Arbeitslose zum Ausdruck kommen. In dieser Beziehung weist Dr. Freund darauf hin, daß z. B. die Versicherungsanstalt Berlin im Oktober eine Mindereinnahme von 18000 M., die Versicherungsanstalt Brandenburg eine Mehreinnahme von genau demselben Umfange gehabt hat. Daraus scheint hervorzugehen, daß ein großer Theil der in Berlin arbeitslos gewordenen

Personen sich in die Provinz Brandenburg begeben und dort Beschäftigung gefunden hat (sei es nun in der Landwirthschaft, sei es in anderen Betrieben). Bei fast sämtlichen Anstalten sind in den beiden letzten Monaten dieses Jahres nicht nur keine Minder-, sondern sogar Mehreinnahmen zu verzeichnen. So hat im Oktober Ostpreußen Mehreinnahmen von 16 000 *M.*, Schlesien 26 000, die Rheinprovinz, einer der industriereichsten Bezirke, 74 000, Württemberg 107 000, Baden 13 000, Hessen 43 000, die Hansestädte 22 000 und die Reichslande 20 000 *M.* Im Königreich Sachsen, dem industriereichsten deutschen Staate, war im September eine Mehreinnahme zu verzeichnen, während allerdings der Oktober einen Mindererlös von 30 000 *M.* ergab (bei einer Gesamteinnahme von 1 145 000 *M.*). Erwägt man, daß fast für jede in der Woche beschäftigte Person eine Marke verwendet werden muß, und daß erfahrungsgemäß unbeschäftigte Personen von der Markenverwendung Abstand nehmen, so ist es klar, daß ein starkes Sinken in der Zahl der beschäftigten Personen unter allen Umständen im Markenerlös zum Ausdruck kommen müßte. Aus den angeführten Zahlen kann man daher zum mindesten den Schluß ziehen, daß von einer großen Anzahl Beschäftigungsloser nicht gesprochen werden kann.

In derselben Versammlung verfolgte der Privatdocent Stadtrath Dr. Jastrow-Charlottenburg die Krise von ihrem Entstehen in der Metall- und Maschinenindustrie (zunächst und hauptsächlich Electricitätsindustrie) bis zu den allmählichen Lähmungen im Baugewerbe, den Schwierigkeiten in der chemischen Industrie etc. Nach ihm sind nicht alle Gewerbe diesmal von der Krisis ergriffen worden. In der Möbelindustrie, in der Cartonage, Galanteriewaaren u. a. m. sind Arbeiter gesucht. In Süddeutschland hat stellenweise das Brauereigewerbe einen augenblicklichen Aufschwung genommen, wo die schlechte Obsternte und der Ausfall an Obstwein die Nachfrage nach Bier gesteigert hat. Die Textilindustrie, die niemals an dem allgemeinen Aufschwung theilgenommen hat, erfährt gerade jetzt hier und da eine Besserung, so daß aus sächsisch-thüringischen Orten übereinstimmende günstige Berichte über Nachfrage nach Arbeitern kommen. So aus Plauen, Chemnitz, Meerane, Greiz-Gera u. a. Auch das Baugewerbe liegt nicht so sehr darnieder, daß nicht größere örtliche Anlässe ausreichen, um in einer Reihe von Orten eine günstige Geschäftslage herbeizuführen. Endlich hat das Bedürfniß nach ländlichen Arbeitern und Dienstboten, das jahrelang unbefriedigt blieb, jetzt eine Reihe unbeschäftigter Arbeitskräfte aufnehmen können. Wenn auch nur in leisen Anfängen, so doch sicher und merkbar

ist in eine Reihe von Städten eine größere Bereitwilligkeit zu ländlicher Beschäftigung vorhanden, und in einzelnen Gegenden der Provinz Posen ist bereits beobachtet worden, daß Familien aus dem Westen zurückkehren. Aus dem industriereichen Elsaß vollzieht sich eine kleine Rückwanderung von ursprünglichen Landbewohnern auf das rechte Rheinufer. Als das Hauptergebniß dieser Betrachtungen über die Lage des Arbeitsmarktes ist in diesem Augenblick der ungleichmäßige Verlauf der Krisis und in Folge dessen die ungleiche Vertheilung der Arbeitslosigkeit über die verschiedenen Theile Deutschlands anzusehen.

Mit ähnlicher Zuversicht schreibt der Bremische Senat über einen Bürgerschaftsbeschluß, betreffend Niedersetzung einer Deputation wegen Beschäftigung von Arbeitslosen, an die genannte Korporation:

„Der Senat hat aus den ihm zugegangenen Berichten der Gewerbekammer, der Polizeidirektion, des Gewerberaths, der Armenpflege und der Bauverwaltung die Ueberzeugung gewonnen, daß zur Zeit in Bremen von Arbeitslosigkeit in nennenswertherem Umfange und in anderer Weise, als dies in früheren Jahren zu Beginn der Winterperiode stets der Fall gewesen ist, nicht die Rede sein kann. Die Berichte berechtigen auch nicht zu der Annahme, daß für den Winter eine derartige Steigerung dieser Arbeitslosigkeit zu erwarten sein werde, daß zur Abwehr außergewöhnliche Mittel in Aussicht genommen werden müßten. Es wird voraussichtlich wie bisher zur Abhülfe, soweit solche erforderlich, die Privatthätigkeit und, wenn nöthig, die Armenpflege ausreichen. Dies ist um so erwünschter, als eine staatsseitige Beschäftigung Arbeitsloser schwerlich anders, als bei öffentlichen Bauten eingerichtet werden könnte, eine solche Beschäftigung außerhalb der regelmäßigen Bauperiode aber erhebliche, von den Steuerzahlern aufzubringende Mehrkosten erfordern würde und nur auf Kosten und zum Nachtheile der ständig beschäftigten Bauarbeiter erfolgen könnte, ganz abgesehen davon, daß die Vornahme staatlicher Bauarbeiten während der Winterzeit ohne Zweifel dahin führen würde, große Mengen auswärts nicht ausreichend beschäftigter Arbeiter nach Bremen zu ziehen und dadurch die Zahl der Arbeitslosen zu steigern. Der Senat hält unter diesen Umständen die von der Bürgerschaft gewünschte Deputationsberathung nicht für erforderlich und ersucht die Bürgerschaft, ihren Beschluß vom 13. November d. Js. einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen. Er bemerkt aber, daß er, wenn die Bürgerschaft dennoch auf ihrem Wunsche beharren

sollte, bereit ist, der Niedersetzung einer beratenden Deputation zu weiterer Erwägung der ganzen Sachlage beizustimmen.“

In gleicher Weise hat sich der hiesige Stadtmagistrat auf Berichtsforderung des Großherzoglichen Staatsministeriums dahin geäußert, daß für den kommenden Winter keine außergewöhnlich zahlreichen Arbeiterentlassungen in der Stadt Oldenburg zu befürchten seien.

Beide Gutachten fassen jedoch naturgemäß nur den lokalen Arbeitsmarkt ins Auge. Ihr Ergebnis ist aus diesem Grunde nicht überraschend; denn sowohl Bremen wie Oldenburg werden von den Schwankungen der Großindustrie nach ihrer Lage und der Beschäftigungsart der Bevölkerung wenig oder gar nicht berührt. Depressionen werden hier weit schwächer empfunden werden müssen, als auf dem Weltmarkt, wie denn auch andererseits die günstigen Konjunkturen hier nicht so ausgeprägt in Erscheinung zu treten vermögen.

Der allgemeine Arbeitsmarkt wird jedoch nicht mehr so günstig beurtheilt werden können, wie noch Ende November vom Ausschusse des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise. Dies geht am deutlichsten daraus hervor, daß an vielen Orten Maßregeln, über die noch zu sprechen sein wird, getroffen worden sind, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Ein zusammenfassendes Urtheil über die Wirthschaftslage und den Arbeitsmarkt im Jahre 1901 fällt die „Weser-Zeitung“ in der Mittagsausgabe des 30. Dezember, wo es heißt:

„Das zur Reize gehende erste Jahr des zwanzigsten Jahrhunderts war auch für die deutsche Arbeiterwelt ein Jahr des Niederganges und stand in schneidendem Gegensatz zu seinen Vorgängern. Unmittelbar nachdem die Arbeitslosigkeit im Jahre 1895 zum Gegenstande amtlicher Zählung gemacht war, hatte eine Belebung der Industrie begonnen, die für den Arbeitsmarkt von den erfreulichsten Folgen war. In den Jahren 1896 und 1897 war die Arbeitslosigkeit in beständigem Schwinden begriffen; 1898 war von Klagen darüber nicht mehr die Rede; 1899 wurde statt dessen bereits einmal (im September) im Durchschnitt der öffentlichen Arbeitsnachweise Deutschlands ein Unterangebot von Arbeitern notirt. Während in der ersten Hälfte 1900 sich diese Erscheinung sogar in 2 Monaten (März und April) wiederholte und verstärkte, stand schon die zweite Hälfte unter dem Zeichen eines steigenden Andranges von Arbeitsuchenden. Dieser Andrang steigerte sich in dem ganzen Verlaufe des Jahres 1901, so daß im Oktober bereits um jede offene Stelle sich zwei Arbeitsuchende drängten und selbst

diese Zahl im Lauf des Novembers sich noch steigerte. Vergleicht man, wieviel Arbeitsuchende an den öffentlichen Arbeitsnachweisen Deutschlands sich auf je 100 offene Stellen in den ersten 11 Monaten meldeten, so schwankt diese Vergleichszahl im Jahre 1899 zwischen 98,3 (September) und 194,4 (Januar), im Jahre 1900, das die schärfsten Abweichungen aufweist, zwischen 93,4 (April) und 169,3 (November); im Jahre 1901 hingegen bewegen sich die Zahlen nur noch in der bedenklichen Höhe zwischen 122,2 (März) und 223,9 (November). Setzt man die Zahlen der Beschäftigten nach dem Mitgliederlisten der Krankenkassen, soweit diese uns vorliegen, in der Blüthezeit der deutschen Industrie (Juni 1900) = 100, so wäre sie Ende 1900 auf 97,0 pCt. und am 1. Dezember 1901 auf 94,5 pCt. ihrer damaligen Höhe zurückgegangen. Der Rückgang von mehr als 5 pCt. bei den Krankenkassen ergibt, auf 7 Mill. gewerblicher Arbeiter berechnet, 385 000 und zusammen mit dem arbeitslos gebliebenen Nachwuchs usw. etwa eine halbe Million Arbeitsloser, die gegen Ende des Jahres im deutschen Reiche anzunehmen sind. Nur ein erfreuliches haben diese Ziffern; daß ihre seit einiger Zeit unermülich betriebene Veröffentlichung die Aufmerksamkeit darauf gelenkt und das Gewissen geschärft hat. Die Zahl der Arbeitslosen würde sehr viel größer sein, wenn nicht in der diesmaligen Krisis ein großer Theil der Arbeitgeber Feierschichten und Herabsetzungen der Arbeitszeiten den sehr bequemen, aber auch sehr verhängnißvollen Arbeiterentlassungen vorgezogen hätte.

Die Organisation des Arbeitsnachweises, so unvollkommen sie in Deutschland auch noch ist, hat doch schon dazu beigetragen, entlassenen gewerblichen Arbeitern Stellen auf dem Lande zu verschaffen oder die Arbeitslosen in höherem Grade als früher wenigstens einer gelegentlichen Beschäftigung zuzuführen. So erklärt es sich, daß die Zahlen der Invalidenversicherung, in denen beim Marktleben jede auch noch so vorübergehende kleine Beschäftigung zum Ausdruck kommt, ein ganz anderes Aussehen als die obigen haben. An den 28 von den 31 Versicherungsanstalten, deren Zahlen veröffentlicht sind, haben sich in den ersten 10 Monaten des Jahres 1900 die regelmäßigen Monatseinnahmen von 7,8 auf 10,7 Mill. Mark gesteigert. Im Jahre 1901 waren in jedem dieser Monate die Einnahmen größer als in dem entsprechenden Monat des Vorjahres und stiegen von 9,0 Mill. Mark im Januar bis auf 11,0 im Oktober. Wenn also eine Reihe kleiner Hilfsmittel dem Elend der Arbeitslosigkeit entgegenwirkten, so ist freilich auf der anderen Seite zu betonen, daß die ganze Fülle der Entbehrungen, die mit der kritischen Wendung in

unserem wirthschaftlichen Leben verbunden ist, sich nicht in der Arbeitslosigkeit erschöpft.

Auch die in ihren Stellen bleibenden Arbeiter haben gegenwärtig bereits zum größten Theil unter Verminderung ihres Lohn- einkommens zu leiden. Dieses Moment ist für den Waarenmarkt von noch größerer Bedeutung als für den Arbeitsmarkt. Wenn, statt 1000 Arbeiter zu entlassen, die Unternehmer 6000 je einen Tag in der Woche feiern lassen, so bedeutet dies für den Arbeitsmarkt einen höchst erfreulichen Unterschied. Für den Waarenmarkt erscheint jedoch auch in dem letzteren Falle die Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung um so viel geschwächt, wie der Lohnausfall beträgt. Unter der sinkenden Verbrauchsfähigkeit der Massen hat gegenwärtig bereits die deutsche Industrie zu leiden. Die Textilgewerbe beispielsweise haben, wie früher an der Blüthe, so gegenwärtig an dem Niedergang nicht in ganz Deutschland theilgenommen. In großen Gebieten sind noch jetzt Ansätze zu einer Aufwärtsbewegung vorhanden. Aber diese Ansätze fallen in eine Zeit, in der wegen des Darniederliegens anderer Industriezweige der Lohn und damit die Konsumfähigkeit der Arbeitermassen im Rückgang begriffen ist. Die Industrie der Metalle und Maschinen, von der die Krisis ausgegangen ist, hatte in dem abgelaufenen Jahre nach zwei Fronten hin zu kämpfen: zuerst gegen die Syndikate, die ihnen die Rohstoffe vertheuerten, sodann gegen die sinkende Kaufkraft ihrer Abnehmer.

Der letztere Umstand wird entscheidend bleiben und er wirkt rückwärts preisdrückend zuerst auf die Fabrikate und schließlich auf die Rohstoffe; eine voraussehende Syndikatspolitik hätte dem aber zum Theil vorbeugen können. An der Börse sind die Industriepapiere, nachdem sie im zweiten und dritten Vierteljahr heruntergegangen waren, gegen Ende des vierten wieder gestiegen. Leider hat dies nicht die Bedeutung, daß inzwischen eine Besserung eingetreten, sondern nur, daß von den schlechten Aussichten früher wohl etwas zu viel vorweggenommen war; wie die Börse durch die großen Bankzusammenbrüche (die glücklicherweise mit der Krise in keinerlei innerem Zusammenhang stehen) sich anfangs zu sehr hatte einschüchtern lassen. Eher kann eine gewisse Hoffnung darauf begründet werden, daß die Krise nicht alle Geschäftszweige ergriffen hat. In dem Gewerbszweige, in dem Deutschland unbestritten den ersten Rang unter allen Ländern der Erde einnimmt, in der chemischen Industrie, war auch noch am Ende des Jahres der Geschäftsgang zufriedenstellend. Die Papierindustrie war lebhaft bei hohen, gewinnbringenden Preisen. Bei allen Schwierigkeiten, unter denen Holzhandel und Holzindustrie

im Allgemeinen litten, war doch das Möbelgewerbe noch überwiegend befriedigend. Aus der Lederindustrie hörte man keine erheblichen Klagen. Die Zuckerrfabriken hatten wenigstens zum Theil erhebliche Arbeit. Alles dies kann zwar das Darniederliegen in den ihrem Umfange nach maßgebenden Erwerbszweigen — Metalle und Maschinen, Baugewerbe, überwiegend auch Textilgewerbe — nicht aufwiegen. Immerhin kann man aber das trübe Jahr mit dem Gefühle schließen, daß es an Lichtblicken nicht geradezu gänzlich fehlte.“

Also vorläufig noch Tiefstand des Arbeitsmarktes, dem jedoch eine allmähliche Besserung bald folgen dürfte! Dieser Tiefstand äußert sich für die Stadt Oldenburg nur indirekt durch erhöhte Inanspruchnahme der Armenpflege durch die sogenannten „armen Reisenden“. Denn wenn auch ein großer Prozentsatz derselben sich aus professionellen Landstreichern und Arbeitscheuen zusammensetzt, so ist doch zweifellos bei der Mehrzahl Arbeitslosigkeit der Grund ihrer Nothlage.

Solcher Unterstützungsfälle weist das Kalenderjahr 1901 auf: 308 gegen

149	im Jahre	1896,
115	„	1897,
74	„	1898,
86	„	1899,
138	„	1900.

Das bedeutet eine Steigerung auf mehr als das Doppelte gegenüber dem ungünstigsten der Vorjahre.

Aus der Ursache der Arbeitslosigkeit ergibt sich nun mit Nothwendigkeit, daß eine absolute Abhülfe nicht zu finden ist. Es giebt jedoch eine Reihe von Maßregeln, die, zum Theil schon im Vorstehenden angedeutet, geeignet sind, die vorhandene Arbeitsnoth einzuschränken oder aber der entstehenden vorzubeugen. Ein Mittel ersterer Art ist die Anordnung von umfangreichen Bauten und Anlagen durch den Staat oder die Gemeinden, die an sich erst für eine spätere Zeit geplant waren. Auf die Rehrseite solchen Eingreifens ist schon im Schreiben des Bremischen Senates hingedeutet; hinzu kommt, daß damit naturgemäß nur der lokalen Arbeitslosigkeit abgeholfen wird (und bei Gemeinde auch werden soll) und daß die dadurch geschaffene Arbeitsgelegenheit eine Unzahl Beschäftigungsloser herbeizieht. Trotzdem gewährt es bei geeigneter Modifikation eine nicht geringe Erleichterung des lokalen Arbeitsmarktes und hat deshalb in den letzten Monaten vielfach stattgefunden (wie zum Beispiel seitens der Stadt Essen) oder ist in Aussicht genommen (wie vom preußischen Minister der öffent-

lichen Arbeiten). Solche Schritte kommen für die Stadt Oldenburg nicht in Frage, weil hier, wie erwähnt, eine Arbeitsnoth größeren Umfanges nicht besteht, noch zu besorgen ist.

Ein Mittel der zweiten Art ist die Schaffung von Arbeitsnachweisen, wie sie in fast allen größeren und mittleren Städten bereits bestehen. Die Frage ist auch in Oldenburg schon angeregt worden. Unter Beibringung reichhaltigen Materials unterbreitete der Stadtmagistrat dem Stadtrathe am 22. August 1894 eine Vorlage, betreffend Errichtung einer Anstalt zur Arbeits- und Wohnungsvermittlung. Die Vorlage wurde jedoch, nachdem sich bereits der Handwerker-Verein gutachtlich dagegen geäußert hatte, vom Stadtrathe abgelehnt (s. Gem.-Bl. 1894 S. 137 ff., 157). Da sich jedoch der Mangel eines Arbeitsnachweises bald in verschiedenen Richtungen fühlbar machte, suchten private Veranstellungen die durch Fehlen eines städtischen Arbeitsamtes entstandene Lücke auszufüllen. Unter solchen Veranstellungen soll der „Arbeitsnachweis für Frauen und Mädchen“ nicht unerwähnt bleiben, über dessen erfreuliches Wirken der unten abgedruckte Jahresbericht Aufschluß giebt. Alle solche Einrichtungen franken jedoch daran, daß sie nach Natur der Sache sich auf einzelne Berufszweige oder besondere Eigenschaften der Arbeit suchenden beschränken und durch diese Zersplitterung die Vortheile eines zusammenfassenden Arbeitsamtes nicht zu bieten vermögen. Die Schaffung eines solchen wird nur Frage der Zeit sein!

Arbeitsnachweis für Frauen und Mädchen.

Wallstraße 14, Dienstags und Freitags von 4—6 Uhr.

Zweiter Jahresbericht.

Der Arbeitsnachweis für Frauen und Mädchen, der im Monat Januar 1901 noch auf das kleine selbst gemietete Arbeitszimmer, Grünestr. 8, beschränkt war, durfte am 1. Febr. seine Geschäftsstelle nach dem alten Schulgebäude, Wallstr. 14, verlegen, wo ihm durch die Güte des Magistrats ein geräumiges früheres Schulzimmer auf unbestimmte Zeit zur Verfügung gestellt war. Der geeigneten Lage und dem geräumigen Geschäftszimmer, das ausschließlich den Zwecken dieses Vereins und anderer ihm verwandten*) dienen sollte, ist es zu danken, daß die Thätigkeit des Arbeitsnachweises sich ungehindert weiter ausdehnen konnte. Sein Bestreben, den arbeitssuchenden Frauen und

*) Der Verein für Hausbeamtinnen hat ebenfalls seine Geschäfts- und Sprechstunden dorthin verlegt, Dienstags und Freitags von 2—4 Uhr.

Mädchen unentgeltlich nach Kräften Arbeit und Verdienst zu verschaffen, erstreckt sich

1. auf Arbeitssuchende, die ausgehen können zu arbeiten. Es werden Anmeldungen für alle Art Arbeit, die für Frauen geeignet ist, angenommen. Stellen für Köchinnen, Dienstmädchen, Kindermädchen können fast zu jeder Zeit zugewiesen werden. Nach Wasch-, Reinmache- und Aufwartfrauen und -mädchen ist viel Nachfrage. Den zuverlässigen, tüchtigen Arbeiterinnen wird selbstverständlich der Vorzug gegeben; der gute Wille zur Arbeit wird aber anerkannt und gefördert. Soviel wie möglich wird gern Auskunft über die Arbeitssuchenden erteilt; Verantwortung übernimmt die Geschäftsstelle nicht.

Der Erfolg des verflossenen Jahres ist in folgender Tabelle zusammengestellt. Anmeldungen kamen

in den Monaten	von Arbeitssuchenden	von Arbeitgebern	Erledigt wurden an Nachfrage
Januar	51	48	21
Februar	92	59	16
März	46	37	14
April	40	53	19
Mai	46	37	18
Juni	48	33	12
Juli	50	40	13
August	58	41	21
September	47	30	20
Oktober	42	43	19
November	51	32	19
Dezember	31	23	8
Im ganzen	602	476	200

Die Zahl der Erledigung ist nicht vollständig, da leider die Geschäftsstelle nicht immer Nachricht über das Ergebnis erhält.

Die Arbeitgeber haben laut Prospekt kleine Gebühren zu zahlen:

für jedes Einschreiben	10	§
für Zuweis eines Dienstmädchens		
a. wenn der Arbeitgeber dem Verein als Mitglied angehört	1	M
b. im anderen Fall	1	" 50 "
für Zuweis von Aufwärterinnen und für dauernde Arbeit auf Stunden oder Tage	50	"

Im übrigen sind keine Gebühren zu zahlen.

2. auf Heimarbeiterinnen, Frauen, die durch kleine Kinder, kranken Mann, durch Alter oder andere Verhältnisse verhindert sind, auf Verdienst auszugehen, demnach nur im eigenen Hause Arbeit übernehmen können. Um auch ihnen zu helfen, wird aus der Vereinskasse, bestehend aus den Beiträgen der Mitglieder — jährlich à 2 *M* — Material zu Strümpfen, Socken und Schürzen verschiedener Art angeschafft und den Frauen in den Geschäftsstunden am Freitag von 4—6 Uhr, in Arbeit gegeben, für die sie bei Ablieferung sofort Bezahlung erhalten. 22 Frauen erhielten auf diese Weise fast fortlaufende Arbeit, weitere 23 Frauen wurden in einzelnen Fällen mit Arbeit versehen. Versuchsweise ist seit November auch Wäschenähen mit eingeführt und zur Verwaltung dieses Faches eine geprüfte Handarbeitlehrerin für die Geschäftsstunden an Dienstags von 4—6 Uhr gewonnen worden, die auch Zuschneiden der Wäsche und die Unterweisung in der Arbeit übernommen hat. Diese Erweiterung des Betriebes hat sich bereits gut bewährt; die zum Verkauf — Selbstkostenpreis — ausgelegten Probearbeiten haben gefallen und manche Bestellung nach sich gezogen. Der Verkauf findet statt, außer bei Frau Büsing, Schulwärterin, Wallstraße 14, auch bei Frau Koeniger, Papierhändlerin, Achternstraße 6. Bestellungen für genannte Handarbeiten auch für Namensticken, Häckeln und andere werden gern angenommen; ebenso Aufträge für Ausbesserung von Wäsche und Kleidern, in und außer dem Hause, auch Anstricken von Strümpfen und Socken.

Der Verein zählt zur Zeit 213 Mitglieder. Als ordentliche Mitglieder werden nur Frauen aufgenommen, als außerordentliche, zur Förderung der gemeinnützigen Sache, können auch Männer eintreten.

Es sei hiermit der herzliche Dank des Vereins ausgesprochen für die hilfreichen Unterstützungen an Geld und Geldes Werth, die dem jungen Unternehmen im vergangenen Jahre von verschiedenen Seiten zu teil geworden sind.

An die Hausfrauen und die Geschäfte Oldenburgs wird die freundliche Bitte gerichtet, die Sache des Vereins fördern zu wollen durch Zuwendung geeigneter Aufträge an die Geschäftsstelle, ehe andere Wege eingeschlagen werden, wie durch Annoncen, zum Wohl der sich meldenden arbeitssuchenden Frauen.

Verantwortlich: Thorade, Oldenburg.
Druck von Gerhard Stalling, Oldenburg.

